



# Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Ukraine – Juli bis Dezember 2022

01. Januar 2023

## 04. Juli 2022

### **Schwere Kämpfe im Donbass, ukrainischer Rückzug aus Lyssytschansk**

Die Angriffe russischer Streitkräfte im Donbass und weiteren umkämpften Gebieten der Ukraine betreffen in anhaltend hohem Maß die Zivilbevölkerung. Bei einem russischen Raketenangriff auf ein Einkaufszentrum in der Stadt Kremenschuk im Gebiet Poltawa wurden am 27.06.22 laut Behördenangaben mindestens 19 Personen getötet, weitere 66 seien verletzt worden. Bei Luftangriffen auf Wohngebiete in der Region Odessa kamen am 01.07.22 laut Medienberichten mindestens 21 Menschen ums Leben. Aus der ostukrainischen Stadt Slowjansk wurden nach Angaben örtlicher Behörden am 03.07.22 sechs Todesopfer und 15 Verletzte nach einem Raketenangriff gemeldet. Die ukrainischen Streitkräfte gaben unterdessen den Rückzug aus der schwer umkämpften Stadt Lyssytschansk im Gebiet Luhansk bekannt. Russische Nachrichtenagenturen vermeldeten am 03.07.22 die Besetzung des kompletten Gebiets Luhansk, das von russischer Seite als Staatsgebiet der selbsternannten und von Russland staatlich anerkannten Luhansker Volksrepublik betrachtet wird. In der Stadt Luhansk wurde Medienberichten zufolge eine Behörde zur Ausstellung russischer Pässe geschaffen, eine bislang erforderliche Reise in die Russische Föderation zur Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft soll demnach für Bewohnerinnen und Bewohner des Gebiets nicht mehr erforderlich sein. Auch bezüglich der von russischen Streitkräften besetzten Gebieten Saporischschja und Cherson existieren Berichte über die Möglichkeit der Beantragung der russischen Staatsangehörigkeit durch die dort von Russland eingesetzten de-facto-Verwaltungsbehörden. Laut Angaben des ukrainischen Generalstabs rücken russische Streitkräfte nach den militärischen Fortschritten im Gebiet Luhansk weiter in Richtung der Städte Slowjansk und Kramatorsk im Gebiet Donezk vor. An der südlichen Frontlinie im von russischen Streitkräften besetzten Gebiet Cherson bereite die Ukraine laut Medienberichten eine Gegenoffensive vor. Eine Aufforderung seitens des Pressesprechers des russischen Präsidenten an die Ukraine am 03.07.22 zur Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen und zur Annahme russischer Friedensbedingungen wurde noch am selben Tag durch einen Vertreter des ukrainischen Präsidialamtes zurückgewiesen.

## 11. Juli 2022

### **Evakuierungsaufruf an Zivilbevölkerung, Ankündigung einer ukrainischen Gegenoffensive**

Im Zuge einer angekündigten Gegenoffensive ukrainischer Streitkräfte in den von Russland besetzten Teilen der Südukraine wurde die Zivilbevölkerung in den Gebieten Cherson und Saporischschja am 08.07.22 zur umgehenden Flucht aus ihren Wohnorten aufgerufen. Die Ausreise solle notfalls in Richtung der von Russland annektierten Halbinsel Krim erfolgen. Laut Angaben des ukrainischen Verteidigungsministers vom 10.07.22 habe Präsident Selenskyj die Rückeroberung der von russischen Streitkräften besetzten Küstengebiete angeordnet. Die regionale

ukrainische Militärverwaltung des Gebiets Saporischschja teilte mit, dass bereits 80 % der dortigen Zivilbevölkerung in den umkämpften Teilen des Gebiets ihre Wohnorte verlassen hätten; 87 Siedlungen seien derzeit ohne Stromzugang. Unterdessen finden im Zuge des Kriegsgeschehens weiter Angriffe auf zivile Infrastruktur, insbesondere nahe der militärischen Frontlinie, statt. In der ostukrainischen Stadt Tschassiw Jar kamen im Zuge eines Raketeneinschlages in ein mehrstöckiges Wohngebäude am 08.07.22 laut Medienberichten 18 Menschen ums Leben. Präsident Selenskyj erneuerte im Anschluss an den Vorfall die Ankündigung, dass Angehörige der russischen Streitkräfte für Verbrechen gegen Zivilpersonen bestraft werden sollen. Am 07.07.22 wurde laut ukrainischer Angaben bei Raketenangriffen auf die Stadt Charkiw mehrere Gebäude der Charkiwer Pädagogischen Universität zerstört. Aktuelle Angaben des ukrainischen Bildungsministeriums zufolge seien bis Anfang Juli über 2.100 Bildungseinrichtungen im Zuge des Kriegsgeschehens beschädigt oder zerstört worden. Laut WHO-Angaben wurden seit Beginn der russischen Militärintervention am 24.02.22 369 Fälle von Angriffen auf medizinische Einrichtungen dokumentiert. Am 11.07.22 meldete der ukrainische Generalstab großflächigen russischen Artilleriebeschuss auf Ortschaften in den Gebieten Donezk und Charkiw. In den von prorussischen Kräften kontrollierten Städten Donezk und Luhansk seien laut Medienberichten Explosionen und Brände gemeldet worden. Eine von der ukrainischen Militärführung eingeführte Anordnung, laut derer Wehrpflichtige ohne Genehmigung der lokalen Militärbehörden ihre Wohnorte nicht verlassen dürfen, wurde am 06.07.22 nach nur einem Tag im Zuge öffentlicher Kritik wieder aufgehoben. Laut Angaben des ukrainischen Innenministeriums seien derzeit über drei Mio. Wehrpflichtige an Melde- und Einberufungsämtern außerhalb ihres Wohnorts registriert. In der Ukraine gilt aktuell bis Ende August 2022 befristet das Kriegsrecht sowie eine Generalmobilisierung; Männer im Alter von 18 bis 60 Jahren unterliegen einem grundsätzlichen Ausreiseverbot.

## 18. Juli 2022

### Kriegsgeschehen und humanitäre Lage

Das Kriegsgeschehen in der Ukraine betrifft weiterhin in hohem Maß die Zivilbevölkerung. Die Angriffe russischer Streitkräfte konzentrieren sich laut Medienberichten derzeit hauptsächlich auf Luftschläge in Gebieten nahe der Frontlinie. Raketenexplosionen mit teils zivilen Verletzten und Todesfällen wurden am 17.07. und 18.07.22 u.a. aus den Städten Charkiw, Dnipro, Mykolajiw, Bachmut, Slowjansk, Kramatorsk sowie aus den Gebieten Dnipropetrowsk und Sumy gemeldet. Direkte Angriffshandlungen betreffen jedoch nach wie vor auch weit von der Frontlinie entfernte Gebiete der Ukraine; bei Raketeneinschlägen in der Stadt Winnyzja am 14.07.22 wurden örtlichen Behördenangaben zufolge mindestens 24 Menschen getötet und über 200 verletzt. Laut ukrainischen Regierungsangaben seien seit dem Beginn des russischen Angriffs am 24.02.22 über 17.000 zivile und 300 militärische Ziele in der Ukraine angegriffen worden. Medienberichte sprechen von einer Beendigung der Operationspause russischer Streitkräfte durch eine zunehmende Wiederaufnahme von Kampfhandlungen im ostukrainischen Gebiet Donezk. Die humanitäre Situation verschlechtert sich weiterhin im gesamten Land, insbesondere jedoch in den unmittelbar umkämpften bzw. besetzten Gebieten Donezk, Luhansk, Charkiw, Dnipropetrowsk, Cherson und Saporischschja im Süden und Osten der Ukraine. Aktuelle UN-Schätzungen sprechen von rd. 10,2 Mio. Menschen, die auf Nahrungsmittel angewiesen sind sowie rd. 13 Mio. Menschen, die Wasser und sanitäre Versorgung benötigen. Präsident Selenskyj gab am 17.07.22 in Bezugnahme auf Fälle der Zusammenarbeit von ukrainischen Amtstragenden mit russischen Besatzungsbehörden in der Ukraine die Entlassung der ukrainischen Generalstaatsanwältin sowie des Leiters des Inlandsnachrichtendienstes SBU bekannt. Insgesamt seien bereits 651 Strafverfahren wegen Hochverrats und Kollaboration gegen Mitarbeitende der Staatsanwaltschaften und Strafverfolgungsbehörden registriert worden. Seit Inkrafttreten entsprechender Gesetzesverschärfungen am 15.03.22 können Kollaborationshandlungen mit Institutionen der Russischen Föderation mit bis zu 15 Jahren Haft bestraft werden. Laut Angaben eines OSZE-Berichts zur Menschenrechtslage in der Ukraine vom 14.07.22 manifestieren sich von der Russischen Föderation begangene Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine durch die Einrichtung sogenannter Filtrationslager für die Zivilbevölkerung und der Tendenz, internationale Verpflichtungen für in Haft genommene Personen durch Auslieferungen an die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk in der Ostukraine zu umgehen. Die de-facto-Regierung der Donezker Volksrepublik gab am 08.07.22 bekannt, ein auf die Todesstrafe bestehendes Moratorium aufzuheben. Zuvor waren zwei britische und ein marokkanischer Staatsangehöriger am 09.06.22 in

Donezk aufgrund von „Söldneraktivitäten“ zum Tod verurteilt worden; alle Verurteilten hatten zuvor als Freiwillige in der ukrainischen Armee am Kriegsgeschehen teilgenommen (vgl. BN v. 13.06.22).

## **25. Juli 2022**

### **Entwicklung der Lage in der Ukraine**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij hat eine Revision des Personals des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) angekündigt und am 17.02.22 bereits dessen Leiter Ivan Bakanov vom Dienst suspendiert. Nach offiziellen Angaben ist Bakanov seinen Dienstplichten mangelhaft nachgekommen. Ebenso vom Dienst suspendiert wurde die Generalstaatsanwältin der Ukraine, Iryna Wenediktowa. Die Suspendierungen hingen mit einer erhöhten Anzahl von Strafverfahren gegen Beschäftigte des SBU und der Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats zusammen, die auch Anlass zu „ernsten Fragen“ an die Führungsverantwortlichen gäben, so der Präsident. Das ukrainische Innenministerium gab am 20.07.22 die Zerschlagung von 45 Schleuserkanälen aus der Ukraine für Männer im wehrpflichtigen Alter bekannt. Dabei seien 64 Personen festgenommen worden, die Ausreisen mittels fiktiver Dokumente, aber auch auf andere Weise, zu Fuß, schwimmend oder mit Fahrzeugen, zur eigenen Bereicherung organisiert haben sollen. Medienberichten zufolge kam es zudem zu Fällen von Korruption in der militärischen Rekrutierungsstelle der Oblast Odessa. Bedienstete hätten gegen Geldzahlung Bescheinigungen über die Untauglichkeit zum Wehrdienst ausgestellt, die es ermöglichten, das Staatsgebiet ungehindert zu verlassen. Mit einem Ende der Kampfhandlungen ist aktuell nicht zu rechnen. Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte in der vorigen Woche, die „geografischen Ziele“ des russischen militärischen Vorgehens in der Ukraine hätten sich aufgrund westlicher Waffenlieferungen ausgeweitet und stellte neben der vollständigen Eroberung der Gebiete der sog. Volksrepubliken Donezk und Luhansk die Besetzung weiterer Gebiete in Aussicht. Sein Land strebe den Sturz der ukrainischen Regierung und einen Regimewechsel an. Human Rights Watch (HRW) veröffentlichte am 22.07.22 einen Bericht über Kriegsverbrechen russischer Streitkräfte in den besetzten südukrainischen Regionen Cherson und Saporischschja, dazu gehören demnach Folterungen, unrechtmäßige Verhaftungen und gewaltsames Verschwindenlassen von Zivilisten.

## **01. August 2022**

### **Entwicklung des Kriegsgeschehens**

Die militärische Auseinandersetzung beider Staaten konzentriert sich weiterhin auf den Osten und den Süden der Ukraine. Die Russische Föderation setzte ihre landesweiten Raketenangriffe auf das Nachbarland fort. Diese trafen u.a. die Region der Hauptstadt Kiew und die Region Charkiw. Im Süden führt die ukrainische Armee ihre größte Gegenoffensive seit dem Angriff der Russischen Föderation am 24.02.22. Die Gegenoffensive richtet sich insbesondere auf die Rückeroberung der strategisch wichtigen Stadt Cherson. Der ukrainische Präsident Selenskyj verkündete angesichts der dortigen Kampfhandlungen am 30.07.22 die obligatorische, von den Behörden organisierte Evakuierung der Zivilisten im Gebiet Donezk. Die polnischen Grenzbehörden teilten am 31.07.22 mit, dass seit Kriegsbeginn 5,15 Mio. Menschen aus der Ukraine nach Polen geflüchtet seien. 3,25 Mio. Menschen seien seitdem in die Ukraine zurückgekehrt.

## **08. August 2022**

### **Entwicklung der Lage in der Ukraine**

Gemäß einem am 04.08.22 veröffentlichten Bericht von Amnesty International (ai) hätten die ukrainischen Streitkräfte mit ihren Kampfaktiken Zivilpersonen in Gefahr gebracht, indem sie Stützpunkte und Waffensysteme in Wohngebieten, und dabei insbesondere in Schulen und Krankenhäusern, einrichteten. Dies stehe, so die Organisation, im Widerspruch zum humanitären Völkerrecht. Die ukrainische Regierung bestreitet die Anwendung solcher Taktiken und kritisiert den Bericht scharf. Gemäß Mikhail Polkadok, Berater des Leiters des ukrainischen Präsidialbüros, nehme ai damit an einer „Kampagne zur Desinformation und Propaganda“ teil. In der Region Saporischschja wird der Beschuss von Energodar, wo sich auch das von Russland kontrollierte Kernkraftwerk Saporischschja befindet, fortgesetzt. Gemäß des staatlichen ukrainische Kernkraftwerksbetreibers Energoatom wurden in der Nähe eines der Kraftwerksblöcke, in dem sich auch ein Kernreaktor befindet, drei Einschläge

registriert. Beide Seiten werfen sich weiterhin gegenseitig vor, mit ihren Kampfhandlungen eine atomare Gefahrensituation zu schaffen. In der Oblast Kherson wird im Bereich des Dorfes Blagodatnoye nahe der Autobahn nach Mykolaiv gekämpft. In der Oblast Donetsk versuchen russische Kräfte, in den Bereichen von Sloviansk und Bakhmut, Avdeevka und Peski vorzurücken.

## **15. August 2022**

### **Entwicklung des Kriegsgeschehens**

Die Kämpfe um das Gebiet Donezk in der Ostukraine halten weiterhin an und konzentrieren sich laut Medienberichten derzeit insbesondere auf die Stadt Bachmut und ihre Umgebung. Am 14.08.22 wurden zahlreiche russische Luftangriffe entlang der Frontlinien gemeldet, u.a. nahe Mykolajiw, Charkiw und Saporischschja. Das anhaltende Kriegsgeschehen im Gebiet des von russischen Streitkräften besetzten Kernkraftwerks Saporischschja löste internationale Besorgnis über die Sicherheit der Atoanlage aus, zuvor hatten sich die Konfliktparteien gegenseitig für Angriffshandlungen auf das Kraftwerk verantwortlich gemacht (vgl. BN v. 08.08.22). In einer gemeinsamen Erklärung am 14.08.22 forderten 42 Staaten und die EU die Russische Föderation zum sofortigen Abzug ihrer Streitkräfte vom Gelände des Kraftwerks auf. Die in der Nähe des Kraftwerks gelegene Stadt Nikopol wurde zwischen dem 12.08. und 15.08.22 ukrainischen Angaben zufolge mehrfach durch russische Raketen beschossen. Laut Angaben der lokalen Behörden kam es zu Schäden an Wohngebäuden sowie zu einer Unterbrechung der Strom- und Gasversorgung, die Zivilbevölkerung wurde aufgefordert, ihre Häuser nicht zu verlassen. Präsident Selenskyj legte dem ukrainischen Parlament am 12.08.22 Gesetzesentwürfe zur Verlängerung des geltenden Kriegsrechts sowie der Generalmobilisierung um weitere 90 Tage vor. Eine Zustimmung zu beiden Gesetzesentwürfen wird erwartet, zuletzt hatte das Parlament am 22.05.22 die derzeit noch geltende Verlängerung des Kriegsrechts und der allgemeinen Mobilmachung bis zum 23.08.22 bestätigt.

## **22. August 2022**

### **Zivile Todesopfer nach Luftangriffen auf Charkiw und Donezk-Gebiet**

Das Kriegsgeschehen in der Ukraine hat sich insbesondere in der nordöstlichen Großstadt Charkiw intensiviert. Laut Angaben lokaler Behörden kamen am 17.08. und 18.08.22 mindestens 21 Menschen durch russische Raketenangriffe auf zivile Gebäude in Charkiw ums Leben, 42 Personen seien zudem verletzt worden. Für den 24.08.22, den ukrainischen Unabhängigkeitstag, soll in Charkiw eine ganztägige Ausgangssperre gelten. Laut Präsident Selenskyj werde anlässlich des ukrainischen Unabhängigkeitstages mit einer Intensivierung russischer Angriffe gerechnet. In der Hauptstadt Kiew wurden öffentliche Versammlungen zwischen dem 22.08. und dem 25.08.22 aufgrund der Gefahrenlage untersagt. In der Region Donezk kamen laut Angaben der dortigen ukrainischen Militärverwaltung am 18.08.22 mindestens fünf Zivilpersonen bei Luftangriffen ums Leben, am 21.08.22 seien zwei weitere Personen durch Raketeneinschläge getötet worden. Die Gesamtzahl der im Donezker Gebiet ums Leben gekommenen Zivilpersonen seit Beginn des russischen Angriffs am 24.02.22 wird von den ukrainischen Behörden derzeit mit mindestens 757 und die Zahl der Verletzten mit mindestens 1.943 beziffert. Laut Angaben des ukrainischen Militärgeneralstabs wurden am 21.08.22 russische Bodenangriffe an den Frontlinien der Gebiete Mykolajiw und Donezk gemeldet. Die Sicherheitslage im von russischen Streitkräften eingenommenen Kernkraftwerk Saporischschja im Süden der Ukraine ist Medienberichten zufolge unverändert kritisch, Präsident Selenskyj rief die UN am 18.08.22 dazu auf, eine Lösung zur Entmilitarisierung und Sicherheitsgewährleistung des Kraftwerks zu finden. Die Konfliktparteien berichten von anhaltenden militärischen Handlungen auf dem Gebiet des Kernkraftwerks. Das ukrainische Parlament bestätigte unterdessen am 15.08.22 die von Präsident Selenskyj eingereichten Gesetzesentwürfe zur Verlängerung des Kriegsrechts und der Generalmobilisierung um weitere 90 Tage ab dem 23.08.22 (vgl. BN v. 15.08.22). In den von Russland bzw. den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk kontrollierten Gebieten im Donbass gebe es laut Angaben ukrainischer Behörden und Menschenrechtsorganisationen anhaltend zahlreiche Fälle von Zwangsrekrutierungen durch die dortigen de-facto-Behörden.

## 29. August 2022

### **Kriegsgeschehen: Aktuelle Entwicklungen**

Am 24.08.22 wurden bei einem von russischen Streitkräften durchgeführten Raketenangriff auf das Bahnhofsgebäude der Ortschaft Tschaplyne im Gebiet Dnipropetrowsk laut ukrainischen Angaben 25 Personen getötet und 31 verletzt. Das Kriegsgeschehen im Gebiet Donezk konzentriert sich laut Angaben des ukrainischen Generalstabs weiterhin auf russische Militärvorstöße und Luftangriffe u.a. in Richtung der Städte Bachmut, Slowjansk und Kramatorsk; in den umkämpften Gebieten Mykolajiw, Saporischschja, Charkiw und Dnipropetrowsk werden anhaltend zahlreiche russische Artillerieangriffe gemeldet. Am 28.08.22 kam es laut Angaben der Verwaltung des westukrainischen Gebietes Riwna zu Raketenangriffen auf die Stadt Sarny, dabei seien 30 Wohngebäude und ein Krankenhaus beschädigt worden. Angaben der Mykolajiwer Gebietsverwaltung zufolge seien bislang rd. 10.000 zivile Gebäude durch Angriffe russischer Streitkräfte zerstört worden, mit Stand 27.08.22 seien zudem 6.355 Haushalte im Gebiet von der Gasversorgung abgeschnitten. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft teilte am 26.08.22 mit, dass in der gesamten Ukraine seit Kriegsausbruch 2.328 Bildungseinrichtungen beschädigt wurden, davon seien 289 komplett zerstört worden. In den von russischen Streitkräften besetzten Städten Cherson, Melitopol und Enerhodar sowie weiteren Ortschaften in den Gebieten Cherson und Saporischschja wurde am 25.08.22 eine zeitweilige Unterbrechung der Strom- und Wasserversorgung gemeldet. Auch das in Enerhodar gelegene Kernkraftwerk Saporischschja wurde laut Betreiberangaben von der Stromzufuhr kurzzeitig abgeschnitten. Laut Medienberichten vom 29.08.22 soll ein Inspektionsteam der Internationalen Atomenergiebehörde zeitnah in das vom Kriegsgeschehen betroffene Kernkraftwerk entsendet werden.

### **Bericht zu Filtrationseinrichtungen**

Einem am 25.08.22 erschienenen Bericht von Forschenden der US-amerikanischen Yale University zufolge wurden 21 sogenannte Filtrationseinrichtungen im und um das Gebiet Donezk identifiziert, die von Russland bzw. den de-facto-Behörden der selbsternannten Donezker Volksrepublik zu Registrierungen, Inhaftierungen und Verhörmaßnahmen von ukrainischen Zivilpersonen und kriegsgefangenen Militärangehörigen in Nutzung sein sollen. Es gebe zudem Hinweise auf weitere derartige Einrichtungen. Das Filtrationssystem beinhalte u.a. außergerichtliche Inhaftierungen ohne Kontakt zur Außenwelt, überfüllte Zellen, unzureichende Nahrung, fehlenden Zugang zu sanitären Einrichtungen oder in einigen Fällen auch körperliche Übergriffe.

## 05. September 2022

### **Entwicklung des Kriegsgeschehens, Anstieg der Binnenvertriebenen**

Laut Medienberichten sowie Angaben der ukrainischen Regierung sind ukrainische Streitkräfte im von Russland besetzten Gebiet Cherson zu Gegenangriffen übergegangen. Im Norden des Gebietes sei laut Regierungsangaben am 04.09.22 u.a. das Dorf Wyssokopillja zurückerobert worden. Das Kriegsgeschehen findet weiterhin insbesondere in den Gebieten Mykolajiw, Cherson, Dnipropetrowsk, Donezk, Saporischschja und Charkiw statt; russische Bodenvorstöße seien laut ukrainischen Militärangaben im Gebiet Donezk zurückgeschlagen worden. Bei Luftangriffen auf die Stadt Charkiw seien laut Angaben lokaler Behörden am Abend des 04.09.22 mindestens zwei Personen verletzt worden. Einer aktuellen IOM-Datenerhebung zufolge wird die Zahl der Binnenvertriebenen derzeit mit ca. 6,9 Mio. Menschen angegeben, was rd. 16 % der ukrainischen Gesamtbevölkerung ausmache. Seit Juli sei ein Anstieg um rd. 330.000 Binnengeflüchtete festgestellt worden, die überwiegend aus den besonders vom Kriegsgeschehen betroffenen Gebieten der Ost- und Südukraine geflohen seien. Knapp die Hälfte der binnenvertriebenen Personen im erwerbsfähigen Alter beziehe laut den erhobenen Daten derzeit kein Einkommen, zudem seien 30 % der befragten und in ländlichen Gebieten aufhältigen Binnenvertriebenen vom Zugang zu medizinischer Versorgung abgeschnitten. Mit dem Näherrücken der kalten Jahreszeit verschärfe sich die Lebenssituation vieler Betroffener u.a. aufgrund mangelhafter Winterfestigkeit von provisorischen Unterkünften weiter. UN-Angaben vom 29.08.22 zufolge wurden seit Beginn des russischen Angriffs am 24.02.22 mindestens 5.663 Zivilpersonen getötet und mindestens 8.055 verletzt, im Zeitraum vom 01.08. bis 29.08.22 wurden 268 zivile Todesfälle dokumentiert. Ein am 01.09.22 erschienener Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) bezeichnet dokumentierte Fälle von mutmaßlich unter Zwang in die Russische Föderation bzw. in

die von ihr kontrollierten Gebiete der Ostukraine gebrachten ukrainischen Staatsangehörigen als Verletzung des Kriegsrechts. Es handele sich dabei um Zivilpersonen aus der ehemals umkämpften Stadt Mariupol sowie aus dem Gebiet Charkiw, die zudem einem als Filtrationsprozess bezeichneten System der obligatorischen Überprüfung unterzogen worden seien (vgl. BN v. 29.08.22).

## **12. September 2022**

### **Lageentwicklung**

Übereinstimmende Medienberichte und offizielle ukrainische Angaben sprechen von erfolgreichen Gegenoffensiven der ukrainischen Streitkräfte östlich und nördlich der Großstadt Charkiw in bislang von russischen Streitkräften besetzten Gebieten. Durch das Kriegsgeschehen sei es zudem am 11.09.22 zu Ausfällen der Energieversorgung in weiten Teilen der Ostukraine gekommen: Laut Angaben des ukrainischen Präsidialbüros sei die Strom- und Wasserversorgung im Gebiet Charkiw am 12.09.22 weitgehend wiederhergestellt worden. Die Ukraine warf Russland die Herbeiführung der Ausfälle durch gezielte Angriffe auf die kritische Infrastruktur vor. Das von russischen Streitkräften besetzte und vom Kriegsgeschehen direkt betroffene Atomkraftwerk Saporischschja wurde am 11.09.22 laut Betreiberangaben vollständig heruntergefahren. Bei russischen Luftangriffen am 11.09.22 in den Gebieten Charkiw und Dnipropetrowsk seien laut Angaben lokaler Behörden mehrere Personen getötet worden; im stark umkämpften Gebiet Donezk seien laut der dortigen Gebietsverwaltung am 10.09.22 mindestens zehn Menschen ums Leben gekommen, davon mindestens vier in der Ortschaft Pokrowsk.

### **Verschiebung bzw. mögliche Aufhebung der Militärregistrierungspflicht für Frauen**

Laut ukrainischen Medienberichten habe das ukrainische Verteidigungsministerium per Dekret am 06.09.22 eine zuvor für den 01.10.22 geplante Einführung einer Militärregistrierungspflicht für Frauen aus bestimmten Berufsgruppen um ein Jahr, auf den 01.10.23 verschoben. Damit gebe es für Frauen über den 01.10.22 hinaus auch weiterhin keine Ausreisebeschränkungen. Zudem sei derzeit ein Gesetzesentwurf im ukrainischen Parlament in Vorbereitung, demzufolge die bislang vorgesehene Form der militärischen Registrierungspflicht für Frauen in eine freiwillige Registrierung umgewandelt werden soll. Männer zwischen 18 und 60 Jahren unterliegen weiterhin einer grundsätzlichen Ausreisesperre.

## **19. September 2022**

### **Entwicklung des Kriegsgeschehens, Leichenfunde in Isjum**

Medienberichten zufolge wurde im Zuge der anhaltenden ukrainischen Gegenoffensive mittlerweile der Großteil des Oblast Charkiw von ukrainischen Streitkräften zurückerobert. Die Denkfabrik Institute for the Study of War berichtet in diesem Zusammenhang mit Stand 17.09.22 von Geländegewinnen auch östlich des strategisch wichtigen Flusses Oskil. Unterdessen stehen nach ukrainischen Angaben mehrere der zuletzt zurückeroberten Städte unter massivem russischen Artilleriebeschuss, darunter Kupiansk, Tschuhujiw und Isjum, wobei mehrere Zivilpersonen getötet sowie Wohn- und Geschäftsgebäude zerstört worden seien. Nach Beobachtung des britischen Verteidigungsministeriums haben die russischen Angriffe auf zivile Ziele seit dem 11.09.22 landesweit deutlich zugenommen. Am 15.09.22 wurden nahe der Stadt Isjum in einem Waldstück mehr als 440 Gräber entdeckt. Nach ukrainischen Regierungsquellen starben die meist zivilen Opfer zum Teil durch Artilleriebeschuss und Luftangriffe, andere seien erschossen worden oder verhungert. In einigen Fällen gebe es Hinweise auf den Einsatz von Folter; das Menschenrechtsbüro der UN gab bekannt, ein Beobachtungsteam in die Region zu entsenden. Ukrainischen Behörden zufolge wurden im Zuge der Rückeroberung ferner zehn Einrichtungen gefunden, in denen Folter u.a. mittels Stromschlägen erfolgt sei, darunter neben Isjum die Städte Wowtschansk und Balaklija.

### **Strafrechtliche Verfolgung bei Kollaboration**

Nach einem Bericht des unabhängigen russischen Nachrichtenportals Meduza wurden seit Kriegsbeginn 1.325 Strafverfahren von den ukrainischen Behörden wegen Kollaboration mit Russland oder der jeweiligen von Russland eingesetzten Besatzungsverwaltung eingeleitet, in 75 Fällen sei es bislang zu einer Verurteilung gekommen. Überwiegend seien dabei anstelle von Haftstrafen Verbote zur Ausübung öffentlicher Ämter, durchschnittlich für

einen Zeitraum von zehn Jahren, verhängt worden. Seit einer Gesetzesnovelle im März 2022 sind verschiedenste Formen der Zusammenarbeit mit einem als Aggressor eingestuften Staat strafbewehrt, u.a. der wirtschaftliche Austausch mit dem betreffenden Staat, die freiwillige Übernahme eines Postens in von diesem im besetzten Gebiet geschaffenen Behörden und die Verbreitung diesem zuträglicher Propaganda in Bildungseinrichtungen. Der mögliche Strafraum reicht vielfach bis hin zu mehrjährigen Freiheitsstrafen.

## **26. September 2022**

### **Lageentwicklung**

In den von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten des Donbasses, namentlich der „DNR“ und der „LNR“ sowie in den Oblasten Kherson und Saporischschja finden seit 23.09.22 bis voraussichtlich einschließlich 27.09.22 Referenden über den Beitritt der genannten Gebiete zur russischen Föderation statt. Die Referenden stehen im Widerspruch zur ukrainischen Rechtsordnung. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitrij Peskov stellte nach dem zu erwartenden positiven Ergebnis eine zügige Integration in Aussicht. Im Rahmen eines Gefangenenaustauschs vom 22.09.22 wurden 55 Angehörige der Streitkräfte Russlands, der „DNR“ und der „LNR“ sowie der frühere Leiter der inzwischen verbotenen prorussischen Partei „Oppositionsplattform – für das Leben“ Viktor Medvedčuk gegen 215 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte ausgetauscht. Es handelt sich dabei um den größten Gefangenenaustausch seit Beginn der Kampfhandlungen am 24.02.22. Indessen geht die ukrainische Gegenoffensive weiter. In der Oblast Donezk spielen sich die wichtigsten Entwicklungen in der Umgebung von Bakhmut ab, das weiterhin von russischen Truppen angegriffen wird. Ukrainische Kräfte stürmen ferner die Stadt Liman, die im Mai von russischen Truppen eingenommen wurde. Weiter nördlich setzt sich die Offensive gegen die russische Verteidigungslinie am linken Ufer des Oskils fort. Wenn die ukrainische Armee Liman einnimmt und am linken Ufer des Oskils Fuß fasst, öffnet sich der Weg zu Vorstößen in die Oblast Luhansk. Vor dem Hintergrund der aktuell in Russland stattfindenden Teilmobilmachung erklärte Oleksij Arestowytsch, Berater des Leiters des Büros des ukrainischen Präsidenten, dass auch weitere Mobilisierungsmaßnahmen in der Ukraine nicht ausgeschlossen seien, die dann insbesondere auch (männliche) Studenten betreffen. Bereits seit 14.09.22 ist Studenten, die an ausländischen Hochschulen studieren, die Ausreise aus der Ukraine untersagt.

## **10. Oktober 2022**

### **Explosion auf der Brücke über die Straße von Kertsch**

Nach offiziellen Angaben des Nationalen Komitees für Terrorismusbekämpfung Russlands hat sich in den frühen Morgenstunden des 08.10.22 eine Explosion eines LKWs auf der die Krim mit dem russischen Festland verbindenden Brücke über die Straße von Kertsch ereignet, bei der sieben Treibstofftanks eines Eisenbahnzuges in Brand gerieten und detonierten. Medienberichten zufolge kam es dabei zu einem Einsturz von zwei Fahrzeugüberspannungen der Brücke. Nach Angaben der russischen Ermittlungsbehörde kamen drei Personen ums Leben. Die Brücke ist aktuell nur eingeschränkt befahrbar. Darüber, ob es sich um einen Unfall oder einen gezielten Angriff oder Anschlag handelt, liegen aktuell keine belastbaren Informationen vor. Das offizielle Moskau beschuldigt den ukrainischen Geheimdienst für die Explosionen verantwortlich zu sein. Die ukrainische Seite bestätigte dies bislang nicht. Mychajlo Podoljak, Berater des Leiters der Präsidialamts der Ukraine, begrüßte den Vorfall allerdings mit der Aussage, alles nichtgesetzmäßige müsse zerstört werden. Der Leiter der ukrainischen Post Ihor Smilyanskyy kündigte die Herausgabe einer neuen Briefmarke mit der beschädigten Brücke als Motiv an. Auf der Halbinsel selbst löste der Vorfall zunächst große Verunsicherung über mögliche Versorgungsengpässe aus. Vertretende russischer Regionalbehörden bestätigten zunächst die Einführung von Beschränkungen für den Verkauf bestimmter Waren, erklärten dann kurz darauf wieder, dass diese doch nicht eingeführt werden und es auf der Halbinsel ausreichende Vorräte an Lebensmitteln und Treibstoff gebe.

## **17. Oktober 2022**

### **Landesweite Raketenangriffe auf Energieinfrastruktur**

Bei russischen Raketenangriffen auf zahlreiche Städte, u.a. die Hauptstadt Kiew, kam es am 10.10.22 laut Medienberichten zu großflächigen Schäden an der Energieinfrastruktur. Aus mehreren Städten, darunter die

Großstädte Kiew, Charkiw und Lwiw, wurden zeitweilige Ausfälle der Strom- bzw. Wasserversorgung gemeldet. Laut Behördenangaben kamen mindestens 19 Menschen ums Leben. Angaben des ukrainischen Generalstabs zufolge seien mehr als 80 Raketen auf verschiedene Ziele in der Ukraine abgefeuert worden. Das ukrainische Energieministerium gab am 11.10.22 bekannt, dass rd. 30 % der Energieinfrastruktur durch die Angriffe getroffen worden sei. Die Regierung rief die Bevölkerung zur Verhinderung einer Überlastung des Stromnetzes zum Energiesparen auf. Zahlreiche Medienberichte bewerteten die Angriffe als russische Vergeltungsaktion für die Explosion vom 08.10.22 auf der von Russland nach der Krim-Annexion 2014 errichteten Krim-Brücke zum russischen Festland (vgl. BN v. 10.10.22). Am 13.10.22 wurden von der Ukraine erneut Raketenangriffe auf mehr als 40 Ortschaften gemeldet. Am Vormittag des 17.10.22 kam es nach Angaben lokaler Behörden zu Drohnenangriffen bzw. Detonationen u.a. in der Hauptstadt Kiew und den Städten Dnipro und Mykolajiw, in mehreren Regionen der Ukraine wurde Luftalarm ausgelöst.

### **Humanitäre Lage**

In einer am 14.10.22 veröffentlichten Pressemitteilung warnt die WHO vor einer weiteren Verschärfung der humanitären Lage in der Ukraine angesichts des kommenden Winters. Bislang seien 620 Angriffe auf medizinische Einrichtungen durch die WHO seit Ausbruch der russischen Invasion registriert worden. Aufgrund der jüngsten Intensivierung des Kriegsgeschehens durch Zerstörungen der Gesundheits- und Energieinfrastruktur könne sich die Situation insbesondere von vulnerablen Personengruppen in gefährlichem Ausmaß weiter verschärfen. Mehr als 800.000 Wohnungen seien laut Angaben der ukrainischen Regierung beschädigt oder zerstört, zahlreiche davon betroffene Menschen seien daher nicht ausreichend vor der Kältesaison geschützt. Zudem könne die jüngste Eskalation des Krieges im Zusammenhang mit der nahenden Winterzeit sowohl zu einem weiteren Anstieg der Binnenvertriebenen als auch zu erneuten großen Migrationsbewegungen in die Nachbarländer der Ukraine führen.

## **24. Oktober 2022**

### **Ausrufung des Kriegsrechts in besetzten Gebieten, weitere Angriffe auf Energieinfrastruktur**

Per Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurde am 19.10.22 das Kriegsrecht in den von Russland kontrollierten und formal annektierten ukrainischen Gebieten Cherson, Saporischschja, Donezk und Luhansk erklärt. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj rief dort aufhältige Männer zur Flucht in die von der Ukraine kontrollierten Gebiete auf, um einer möglichen Einziehung in die russischen Streitkräfte zu entgehen. Nach den jüngst erfolgten landesweiten russischen Angriffen auf die Energieinfrastruktur der Ukraine sei diese laut ukrainischen Regierungsangaben mittlerweile zu 40 % beschädigt. Am 20.10.22 wurden landesweite temporäre Stromabschaltungen gemeldet und die Bevölkerung dazu aufgerufen, zwischen 7:00 und 22:00 Uhr möglichst wenig Strom zu verbrauchen. Infolge weiterer Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur am 22.10.22 waren laut Behördenangaben 1,5 Mio. Menschen temporär von der Stromversorgung abgeschnitten, u.a. in den westukrainischen Großstädten Luzk und Chmelnyzkyj. Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal warnte am 22.10.22 angesichts der derzeitigen Energieversorgungssituation vor möglichen neuen Migrationsbewegungen. Präsident Selenskyj gab am Abend des 23.10.22 bekannt, dass die Stromversorgung in den von den Angriffen am 22.10.22 betroffenen Regionen technisch wiederhergestellt sei.

### **Allgemeine militärische und humanitäre Lage**

Laut Medienberichten konzentrieren sich ukrainische militärische Vorstöße in Richtung der Stadt Cherson. Angaben des ukrainischen Generalstabs vom 21.10.22 zufolge seien 2.000 russische Wehrpflichtige zur Verstärkung im Gebiet Cherson eingetroffen. Die von Russland eingesetzte Gebietsverwaltung kündigte ihren Rückzug aus der Stadt an und rief die Bevölkerung zum sofortigen Verlassen der Stadt auf, am 22.10.22 seien bereits 25.000 Menschen evakuiert worden. In der Region Donzek wurden anhaltende russische Angriffe u.a. auf die Städte Bachmut und Soledar gemeldet. Laut ukrainischen Angaben seien in den zurückeroberten Teilen des Gebietes Charkiw 22 Folterkammern entdeckt worden, in der Stadt Lyman im Gebiet Donezk sei die Exhumierung eines zuvor entdeckten Massengrabs mit dem Fund von insgesamt 111 Leichen getöteter Zivilpersonen abgeschlossen worden.



## **31. Oktober 2022**

### **Anhaltende Angriffe auf Energieinfrastruktur**

Am Vormittag des 31.10.22 meldeten die Behörden aus mehreren Teilen des Landes erneute Angriffe auf Einrichtungen der Energieversorgung, u.a. in den Städten Charkiw, Saporischschja, Krywyj Rih, Switlowodsk sowie in den Gebieten Tscherkassy und Poltawa. In der Hauptstadt Kiew sei es laut Angaben lokaler Behörden infolge mehrerer Detonationen zu einem teilweisen Ausfall der Wasser- und Stromversorgung gekommen. Das ukrainische Präsidialbüro gab bekannt, dass aufgrund des Beschusses kritischer Infrastruktur weitere Notstromabschaltungen verhängt werden sollen. Bereits in den vergangenen Wochen kam es teils zu großflächigen Ausfällen der Stromversorgung aufgrund des Kriegsgeschehens (vgl. BN v. 24.10.22); laut Angaben von Präsident Selenskyj vom 29.10.22 seien rd. vier Mio. Menschen in der gesamten Ukraine von Strombeschränkungen betroffen, insbesondere in den Städten Kiew und Charkiw sowie deren Umgebungen.

### **Allgemeine militärische und humanitäre Lage**

Am 29.10.22 gab die Russische Föderation ihre Entscheidung bekannt, das im Juli 2022 unter Vermittlung der UN und der Türkei geschlossene Abkommen mit der Ukraine zur Ermöglichung ukrainischer Getreideausfuhren auszusetzen. Begründet wurde der Schritt als Reaktion auf angebliche ukrainische Angriffe auf die russische Schwarzmeerflotte. Bei anhaltenden Kampfhandlungen entlang der Frontlinie im Gebiet Donezk seien laut ukrainischen Behördenangaben am 29.10.22 fünf Zivilpersonen getötet worden, zudem seien die Leichen von fünf weiteren Menschen aufgefunden worden. Insgesamt seien seit Beginn des russischen Angriffs im Gebiet Donezk mindestens 1.125 Menschen getötet und 2.499 verletzt worden. Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) vom 24.10.22 sprechen von mindestens 6.374 getöteten sowie 9.776 verletzten Zivilpersonen in der gesamten Ukraine seit dem 24.02.22.

## **07. November 2022**

### **Humanitäre Lage; Kriegs- und Migrationsgeschehen**

Die durch das Kriegsgeschehen seit Wochen stark angespannte Situation der Energieversorgung verbleibt laut Medienberichten unverändert kritisch. Laut Angaben des Bürgermeisters der Hauptstadt Kiew könne ein kompletter Zusammenbruch der Strom-, Wärme- und Wasserversorgung in der Stadt nicht ausgeschlossen werden; die Zivilbevölkerung der Stadt sei in einem solchen Fall dazu aufgerufen, eigene Vorräte anzulegen oder die Stadt zeitweilig zu verlassen. Die Planungen zur Einrichtung von etwa 1.000 Wärmestuben in Kiew seien derzeit im Gange. Laut Präsident Selenskyj seien am Abend des 06.11.22 mehr als 4,5 Mio. Haushalte vom Stromnetz getrennt gewesen, die meisten davon in der Stadt Kiew sowie im umliegenden Gebiet. Medienberichten zufolge seien in Apotheken in der Stadt Kiew Warnungen vor möglichen Unterbrechungen der Arzneimittelversorgung aufgrund von Stromausfällen erschienen. Auch im umkämpften Gebiet Cherson sei es nach Angaben der von Russland eingesetzten Verwaltungsbehörden am 06.11.22 zu einem Ausfall der Strom- und Wasserversorgung in zehn Ortschaften gekommen, einschließlich der gleichnamigen Regionalhauptstadt. Zuvor wurde durch das russische Verteidigungsministerium am 04.11.22 bekanntgegeben, dass in den vorherigen Tagen rd. 5.000 Menschen im Gebiet Cherson aufgrund fortgesetzter Evakuierungsmaßnahmen ihre Häuser verlassen hätten. Aktuelle UNHCR-Angaben sprechen von insgesamt über 14 Mio. durch den Krieg geflohenen Menschen; die Zahl der Binnengeflüchteten in der Ukraine wird aktuell mit rd. 6,24 Mio. Menschen beziffert. Anhaltende Kampfhandlungen und Raketenangriffe wurden am 06.11. und 07.11.22 weiterhin aus zahlreichen Ortschaften insbesondere entlang der Frontlinie gemeldet. Laut Angaben des ukrainischen Generalstabs seien rd. 30 Städte und Dörfer in den Gebieten Mykolajiw, Cherson, Saporischschja, Donezk, Luhansk und Sumy angegriffen worden.

## **15. November 2022**

### **Russischer Rückzug aus Cherson, beabsichtigte Verlängerung des Kriegsrechts**

Infolge des Abzugs russischer Truppen aus Teilen des umkämpften Gebietes Cherson sind ukrainische Streitkräfte bis an das westliche Ufer des Flusses Dnipro vorgestoßen und konnten u.a. die Regionalhauptstadt Cherson zurückerobern. Das russische Verteidigungsministerium erklärte am 11.11.22, den am 09.11.22 angekündigten

Rückzug seiner Streitkräfte auf das östliche Dnipro-Ufer abgeschlossen zu haben. Laut ukrainischen Angaben seien im Zuge des russischen Truppenabzugs im Gebiet Cherson zahlreiche Zerstörungen an ziviler Infrastruktur sowie ein weitgehender Ausfall der Energieversorgung festgestellt worden; zudem bestehe durch zurückgelassene Munition und Minen eine Gefahr für die Zivilbevölkerung. Rd. 2.000 Minen seien in den ersten Tagen seit dem russischen Truppenabzug entschärft worden. Laut Präsident Selenskyj befänden sich aktuell auf etwa 170.000 Quadratkilometer der Ukraine Minen aufgrund des Kriegsgeschehens, eine Räumung könne Jahrzehnte dauern. Auf Initiative Präsident Selenskyjs wurde am 08.11.22 zudem die beabsichtigte erneute Verlängerung des derzeit bis 21.11.22 geltenden Kriegsrechts sowie der Generalmobilisierung um weitere 90 Tage bis zum 19.02.23 bekanntgegeben. Die entsprechenden eingereichten Gesetzesentwürfe können nach parlamentarischer Zustimmung kurzfristig in Kraft treten. Laut einer Stellungnahme des ukrainischen Verteidigungsministeriums am 09.11.22 seien zum jetzigen Stand aufgrund ausreichender Mobilisierungsreserven keine zusätzlichen Maßnahmen geplant. Zuletzt waren das Kriegsrecht und die Generalmobilisierung im August 2022 verlängert worden (vgl. BN v. 22.08.22). Das Kriegsgeschehen konzentriert sich nach Angaben des ukrainischen Generalstabs aktuell weiterhin insbesondere auf die umkämpften ostukrainischen Gebiete Donezk und Luhansk. In der südukrainischen Stadt Mykolajiw seien am 11.11.22 laut Angaben lokaler Behörden sechs Zivilpersonen durch einen russischen Raketenangriff auf ein Wohnhaus ums Leben gekommen.

## **21. November 2022**

### **Erneute landesweite Angriffe auf Energieinfrastruktur**

Am 15.11.22 wurden infolge russischer Raketenangriffe auf zahlreiche Ziele in der Ukraine erneute großflächige Schäden an der Energieinfrastruktur gemeldet. Laut ukrainischen Angaben seien 17 Regionen mit rd. 100 Raketen attackiert worden, etwa zehn Mio. Haushalte seien infolgedessen mit Stand 17.11.22 von Stromausfällen betroffen gewesen. Insbesondere in den Regionen Odessa, Kiew, Winnyzia und Sumy sei die Lage der Energieversorgung angespannt. Zahlreiche Medienberichte sprechen von einem der schwersten Raketenangriffe seit dem Ausbruch der russischen Invasion im Februar 2022. In der Stadt Wilnjansk nahe der Großstadt Saporischschja seien durch einen russischen Raketenangriff bis 19.11.22 mindestens neun getötete Zivilpersonen laut ukrainischen Behördenangaben gemeldet worden. Die Internationale Atomenergiebehörde berichtete am 20.11.22 über stattgefundenen Explosionen auf dem Gelände des von russischen Streitkräften besetzten Kernkraftwerkes Saporischschja und rief die Konfliktparteien erneut zur sofortigen Deeskalation auf. An der Frontlinie in den Gebieten Donezk und Luhansk finden laut Präsident Selenskyj unverändert schwere Kämpfe statt. Kontrollierte Stromabschaltungen seien am Abend des 20.11.22 in 15 ukrainischen Regionen sowie der Hauptstadt Kiew aufgrund der kritischen Energieversorgungssituation durchgeführt worden. Das ukrainische Verteidigungsministerium wies die Möglichkeit einer Feuerpause angesichts des einsetzenden Winters in einer Stellungnahme am 20.11.22 zurück. Bewohnerinnen und Bewohnern der jüngst von ukrainischen Streitkräften zurückeroberten Teile der Gebiete Mykolajiw und Cherson sei Medienberichten zufolge die Möglichkeit einer freiwilligen Evakuierung angeboten worden, eine Unterkunft werde den Evakuierten in der Stadt Kriwyj Rih im Gebiet Dnipropetrowsk oder in westlichen Regionen der Ukraine laut ukrainischen Regierungsangaben angeboten.

## **28. November 2022**

### **Größter Stromausfall seit Konfliktbeginn durch Raketenangriffe; Entwicklung der Kampfhandlungen**

Aufgrund von massiven Raketenangriffen am 23.11.22 durch die Streitkräfte Russlands auf die ukrainische Energieinfrastruktur kam es zum bisher größten Stromausfall seit Konfliktbeginn. Betroffen waren elf Oblaste des Landes, die gemäß offiziellen Angaben vollständig ohne Strom waren. In vielen Städten kam es zudem zu Ausfällen der Heizung und der Wasserversorgung. Von Strom- und Wasserausfällen war insbesondere auch die Hauptstadt Kiew betroffen. Vor Tankstellen und Geldautomaten und in den Supermärkten bildeten sich lange Schlangen. Maßnahmen zur Wiederherstellung der Versorgung sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Gemäß offiziellen Angaben des Militärnachrichtendienstes der Ukraine rechnet man frühestens Mitte bis Ende der laufenden Woche mit einem weiteren, ähnlich massiven Raketenangriff. Im Donbas finden russische Angriffe in der Oblast Donetsk Richtung Bachmut, Awdijiwka und Marjinka statt. Der Schwerpunkt der ukrainischen Gegenoffensive liegt hingegen in der Oblast Luhansk im Bereich zwischen den Städten Kreminna und Swatowe, wo die Kämpfe in letzter Zeit

wetterbedingt nachgelassen haben. Im Süden des Landes kommt es zu Stellungskämpfen, wobei der Schwerpunkt auf der Artillerie liegt. Insbesondere die Stadt Kherson befindet sich unter Beschuss durch die russischen Streitkräfte.

## **06. Dezember 2022**

### **Erneute Raketenangriffe; Entwicklung der Kampfhandlungen**

Am 05.12.22 wurde in der Ukraine im Hinblick auf erneute massive Raketenangriffe durch die russischen Streitkräfte Luftalarm ausgelöst. Offiziell von der ukrainischen Seite bestätigt wurden Angriffe auf die Oblaste Kyiv, Odessa sowie Winnyzja. Sie richteten sich erneut vornehmlich gegen die ukrainische Infrastruktur, in verschiedenen Landesteilen kam es zu Stromausfällen und teilweise zu Ausfällen der Wasserversorgung. Offiziellen ukrainischen Angaben zufolge seien die meisten Geschosse durch die Luftabwehr zerstört worden. Die intensivsten Kämpfe finden indessen nahe der Stadt Bachmut (Oblast Donetsk) statt. Nachdem die russischen Streitkräfte die Stadt nicht frontal einnehmen konnten, wird versucht, diese einzukreisen. In der von russischen Kräften kontrollierten Stadt Donetsk werden Einschläge im Stadtzentrum gemeldet.

## **12. Dezember 2022**

### **Durchsuchungen in der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche**

Der Inlandsgeheimdienst der Ukraine SBU intensivierte in der vergangenen Woche Durchsuchungen in der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche (ukr. Ukraïns'ka pravoslavna cerkva; UPC). Betroffen waren kirchliche Einrichtungen in den Oblasten Kyjiw, Cherson, Tscherkassy, Schytomyr, Wolyn und Charkiw. Gemäß Angaben der Behörde seien dabei Beweismittel sichergestellt worden, die für eine Sympathisierung und Zusammenarbeit von UPC-Kirchenamtsträgern mit staatlichen Strukturen und den Streitkräften Russlands sprächen. Teilweise wurden Strafverfahren gegen Geistliche wegen Landesverrat eingeleitet. Die UPC gerät in der Ukraine zunehmend unter Druck. Am 02.12.22 unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ein Dekret, mit dem er einen Beschluss des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates in Kraft setzte, der insbesondere die Aktivitäten religiöser Organisationen mit Verbindungen zu Russland verbietet. Im ukrainischen Parlament befindet sich zudem ein Gesetzentwurf über das Verbot der Russisch-Orthodoxen Kirche und aller Institutionen und religiösen Organisationen, die dieser angehören oder eine Unterordnung anerkennen. In der Ukraine gibt es zwei orthodoxe Kirchen. Die Orthodoxe Kirche der Ukraine (ukr. Pravoslavna cerkva Ukraïni; nicht zu verwechseln mit der UPC) wurde 2018 vom Patriarchat von Konstantinopel und anschließend von drei der 14 allgemein anerkannten orthodoxen Kirchen als unabhängig anerkannt. Die UPC hingegen wird zwar von zehn Kirchen als kanonisch anerkannt, jedoch als Teil der Russischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Zwar erklärte die UPC im Mai ihre vollständige „Unabhängigkeit und Eigenständigkeit“ vom Moskauer Patriarchat und verurteilte dabei das russische militärische Vorgehen in der Ukraine, ohne dabei allerdings kirchenrechtlich autokephal zu werden.

### **Entwicklung der Kampfhandlungen**

Offiziellen Angaben zufolge hat die russische Armee in der vergangenen Woche den Druck entlang der Kontaktlinie, insbesondere an der Donezker Front, verstärkt. Russische Truppen haben in den letzten Tagen vermehrt Angriffe in der Nähe von Kupjansk in der Oblast Charkiw durchgeführt. Auch die Kämpfe in der Nähe von Bachmut (Oblast Donezk) gehen weiter. Die Oblast und die Stadt Cherson stehen täglich unter russischem Beschuss. Gemäß Angaben des ukrainischen Präsidenten wurden durch den in der letzten Zeit intensiven Raketenbeschuss mittlerweile ungefähr 50 % der ukrainischen Energieinfrastruktur zerstört.

## **19. Dezember 2022**

### **Humanitäre und militärische Lage**

Das ukrainische Militär berichtete am 16.12.22 über 76 russische Raketenangriffe auf verschiedene Ziele u.a. in den ukrainischen Regionen Kiew, Cherson, Dnipropetrowsk, Schytomyr, Saporischschja, Charkiw und Odessa. U.a. die Großstädte Kiew, Charkiw und Odessa meldeten teilweise oder komplette temporäre Ausfälle der Strom-, Wärme- und Wasserversorgung, die betroffene Bevölkerung wurde auf Notunterkünfte sowie öffentliche Wärmestuben

verwiesen. Die Wärmeversorgung sei in der Hauptstadt Kiew am 18.12.22 laut Angaben lokaler Behörden wieder vollständig hergestellt worden; Stromausfälle seien jedoch noch andauernd. In den frühen Morgenstunden des 19.12.22 wurden in Kiew laut Medienberichten Drohnenangriffe und Schäden an ziviler Infrastruktur mit mindestens zwei Verletzten gemeldet. Laut Angaben des ukrainischen Energieversorgers Ukrenergo sei am 16.12.22 ein Notfallmodus für das ukrainische Stromnetz eingerichtet worden, in der gesamten Ukraine gebe es Stromabschaltungen aufgrund der anhaltenden Zerstörungen der Energieinfrastruktur. Aktuelle Aussagen des Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj sowie des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba zufolge wird mit einer neuen russischen Großoffensive im Winter oder Frühjahr 2023 gerechnet, auch ein erneuter Angriff auf die Hauptstadt Kiew sei möglich. Laut dem Lagebericht vom 15.12.22 der US-amerikanischen Denkfabrik Institute for the Study of War sei ein solches Szenario nicht ausgeschlossen, wenngleich die Aussicht auf Erfolg als unwahrscheinlich bewertet werde. Ein Waffenstillstand zwischen Neujahr und dem orthodoxen Weihnachtsfest Anfang Januar werde laut Angaben beider Konfliktparteien abgelehnt. Schwerpunkte der militärischen Konfrontation an der Frontlinie seien laut Medienberichten insbesondere die Städte Kreminna im Gebiet Luhansk sowie Bachmut und Awdijiwka im Gebiet Donezk. Der unter ukrainischer Kontrolle stehende Teil des Gebietes Cherson sei nach Angaben der regionalen ukrainischen Militärverwaltung von anhaltend starkem russischem Artilleriebeschuss betroffen, die Versorgungslage in der Stadt Cherson sei seit der Rückeroberung durch ukrainische Streitkräfte Mitte November nach wie vor prekär (vgl. BN v. 15.11.22 u. 12.12.22). Laut Angaben des UN-Hochkommissars für Menschenrechte Volker Türk werde die Anzahl der derzeit von humanitärer Unterstützung abhängigen Menschen in der Ukraine auf über 18 Mio. sowie die Zahl der Binnenvertriebenen auf rd. 6,5 Mio. geschätzt. Durch die kontinuierlichen Angriffe auf die ukrainische Energieinfrastruktur seien Millionen Zivilpersonen, insbesondere vulnerable Menschen, in der momentanen Winterzeit extremen Härten ausgesetzt, zudem könne sich die humanitäre Situation etwa durch Streiks weiter verschlechtern und die Binnenmigration verstärken.

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
**BN-Redaktion@bamf.bund.de**